

Stille über Syriens Ruinen

In der einstigen »Rebellenhochburg« Homs schweigen endlich die Waffen. Seite 3



Immer wieder montags

Bewegungsforscher haben sich der Montagsdemos angenommen. Seite 5

Foto: imago/IPON

Berlin ohne Erbe

Karl-Marx-Allee und Hansaviertel werden kein Welterbe. Seite 11

Foto: imago/Günter Schneider

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 17. Juni 2014

69. Jahrgang/Nr. 138

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Wirkungstreffer

Tom Strohschneider über die SPD-Linke in der Großen Koalition

SPD-Generalsekretärin Fahimi hat mit Unverständnis auf die Kritik an Bundesfeldwebel Gauck reagiert. Man könnte das für eine Schelte an der Linkspartei halten. Es ließe sich aber auch als Abmahnung der SPD-Linken verstehen. Deren Wortführer Stegner hatte kurz zuvor mit einem Papier für Schlagzeilen gesorgt, wonach darin eine Aufforderung zum »Kurswechsel in der Außenpolitik« niedergeschrieben sei.

Ein Angriff auf Steinmeier? So einfach ist es auch nicht. Stegner weiß um die disziplinierende Wirkung einer Koalition und darum, dass es keine Punkte bringt, wenn man mit halber Arschbacke auf der Regierungsbank zu sehr auf Opposition macht. Ähnliches gilt für den ebenfalls am Montag bekannt gewordenen Vorschlag der SPD-Linken, Kapitaleinkünfte höher zu besteuern. Darüber wird die Union nicht begeistert sein – der Vorstoß galt aber wohl auch gar nicht zuallererst Merkel.

Wirkungstreffer versprechen sich die SPD-Linken eher im Sektor links der SPD. Mit Sätzen wie »Militäreinsätze im Ausland sind keine Strategie, die Welt sicherer zu machen« und der Wiederaufnahme des Themas steuerliche Umverteilung preschen die sozialdemokratischen Linken auf zwei Feldern vor – die sowohl Grenze (Außenpolitik) als auch Chance (Umverteilung) einer Mehrheit links der Union markieren.

Ob solche Vorstöße am Ende eher der Linkspartei die Wähler streitig machen oder eher die Möglichkeit einer rot-roten Kooperation verbessern, wird davon abhängen, ob die Linkspartei eigene Pflöcke auf diesen Feldern einschlagen kann. Und wann.

UNTEN LINKS

Momentan kämpft die karitative Privatwirtschaft im öffentlichen Raum mit Public-Viewing-Zonen wacker gegen die Einsamkeit in unserer Gesellschaft an. Doch der WM-Sommer wird schnell vergehen. Und dann kommt der Herbst. Und dann der Winter. Und dann kehrt die bleischwere Depression zurück in die unaufgeräumten Wohnzimmer all der traurigen Singles. Zum Glück aber gibt es Sat.1. Der Sender nutzt den Sommer zur Produktion einer Hochzeitsshow, die er im Winter ausstrahlen will. Vor laufender Kamera werden zwei einsame Menschen vor den Altar geführt. Dann geht es in die Flitterwochen. Und dann beginnt das schöne Eheleben. Und immer ist die Kamera dabei. Nur: Vor der Trauung hat sich das Paar nie gesehen. Wer nicht das Glück hatte, für dieses Beispiel medialer Nächstenliebe gecastet worden zu sein, sollte sich die Show gemeinsam mit anderen Einsamen beim Public Viewing reinziehen. Fürs Kuschneln sorgt der kalte deutsche Winter ganz allein. mha

Kiew's Gasuhr ist abgelaufen

Europa zwischen Sorge und Zweckoptimismus beim Blick auf den Winter



Foto: dpa/Sergey Dolzhenko

In der Gasstation Bobrovnyska vor Kiew ist noch Druck drauf – auf der Politik aber auch.

Berlin. Rohrleitungen stellen auf ihre Weise Beziehungen her. Pipelines befördern einen wertvollen Energieträger von Ost nach West. So kommt Gas aus Russland nach Europa. Oder auch nicht. In diesem Fall durch die Ukraine. Die soll dem Lieferanten etwas bezahlen, das sie schon hat. Sie ist aber mit dem Preis nicht einverstanden. Die Handelspartner werden sich einfach nicht einig. Kommt vor.

Weil nun der Käufer nicht für das zahlt, was er schon hat, liefert der Verkäufer seit Montag zehn Uhr Moskauer Zeit nicht mehr. Erst will er Geld sehen. Da der Käufer das Gut dringend benötigt, könnte er es sich abzweigen,

organisieren, nehmen. Es kommt bei ihm ja nicht nur vorbei, sondern mitten hindurch.

Anschließend stimmt dann vielleicht etwas mit dem Transit nicht. Der Druck fällt ab, weil in den Röhren was fehlt. Dann bekommen andere nicht mehr das, was sie bezahlt haben und das ihnen eigentlich geliefert werden soll. Auch sie benötigen das Gas. Besonders in kalten Wintern. Jetzt fängt Europa an, sich wirklich Sorgen zu machen.

Auf diese Weise also stellen Rohrleitungen Beziehungen noch ganz anderer Art her. Europa wird direkt an die ukrainische Krise angeschlossen. Der Lieferant galt zu allen Zeiten

als zuverlässig. Doch jetzt warnt er schon mal vor Engpässen.

Auch für Deutschland ist die Krise nicht mehr theoretisch und fern, sondern praktisch und etwas näher. Die Zweckoptimisten sagen, die Speicher sind voll und jetzt ist Sommer. Die Besorgten sagen, der Winter kommt und Speicher leeren sich. Doch gesetzt wird auf ernsthafte Suche nach dem Kompromiss, die Abwägung der Interessen aller Beteiligten. Sachlich, ohne Beschimpfung, Drohung und Kraftmeierei. Wäre dies schon länger der Ansatz, gäbe es die europäisch-ukrainisch-russische Krise wohl gar nicht. khe Seite 2

Kurden halten Bagdad – aber nicht umsonst

ISIS-Dschihadisten kommen nicht weiter voran / US-Minister Kerry denkt an Kooperation mit Iran

Die Kurden hielten Bagdad im Kampf gegen die Islamisten – und wollen nun ihre Eroberungen geltend machen. International sorgt das Chaos in Irak für unerwartete Annäherungen.

Von Roland Ertzel

Plötzlich scheinen politische Absprachen möglich, die jahrelang als Tabubruch galten: US-Außenminister John Kerry hält eine Zusammenarbeit mit Iran bei der Krise in Irak für möglich. »Ich würde nichts ausschließen, was konstruktiv sein könnte«, sagte Kerry am Montag laut der Nachrichtenseite »Yahoo News« auf die Frage, ob er sich auch eine militärische Kooperation mit Teheran vorstellen könne. Grundsätzlich befürworte die US-Regierung »jeden konstruktiven Prozess, der die Gewalt verringert ... und die Präsenz von ausländischen terroristischen Kräften beendet«, ergänzte der US-Chefdiplomate.

Jene »Terroristen« – das sind die radikalsunnitischen Kampftruppen von Islamischer Staat und Irak und Syrien (ISIS), die die sunnitische irakische Regierung weiter hart bedrängen, aber in ihrem Bestreben, auf die Hauptstadt Bagdad vorzudringen, trotz heftiger Gefechte nicht weitergekommen sein dürften. Das ist aber offensichtlich weniger ein Verdienst der regulären irakischen Armee als vielmehr der kurdischen Peschmerga.

Die US-Rüstungsmilliarden für Bagdad mögen manchen schiitischen Clan bereichern haben – zu einer verteidigungsfähigen Armee haben sie offensichtlich wenig beigetragen. Anders die im Guerillakampf erprobten Peschmerga (»Die dem Tod ins Auge Sehenden«). Sie haben bisher die Hauptlast im Kampf gegen ISIS getragen und verhindert, dass die Dschihadisten die Hauptstadt einnehmen. Das hat erwartungsgemäß seinen Preis.

Vor allem drängen die irakischen Kurden auf eine Erweiterung ihres Autonomiegebietes. Kirkuk, Mossul und Tikrit, die bevölkerungsreichsten Städte Nord-

Die Kurden haben die Hauptlast im Kampf gegen ISIS getragen und verhindert, dass die Dschihadisten Bagdad einnehmen.

iraks und zugleich Zentren der Ölförderung, sollen nach dem Willen der Kurdenführung ihrer Verwaltung unterstehen. Das verweigerte Bagdad bislang.

Die Peschmerga, heißt es in einer von dpa wiedergegebenen Erklärung, würden die für die Zentralregierung zurückgewonnenen Gebiete nicht verlassen, bis Bagdad Artikel 140 der irakischen

Verfassung zur Anwendung bringe. Von der Nachrichtenseite »Al-Sumaria News« wird auf ein jahrelanges Versäumnis hingewiesen: Jener Artikel der nach dem Sturz des Präsidenten Saddam Hussein 2003 durch die USA geschriebenen Verfassung sieht ein Referendum für die Kurdenregionen des Iraks vor. Dies hat bisher nicht stattgefunden.

Die Bevölkerung der Provinzen Kirkuk, Salaheddin, Ninive und Dijala soll über eine Zugehörigkeit zur kurdischen Autonomie-region entscheiden. Sie werden zu großen Teilen von Kurden bewohnt, aber von Bagdad verwaltet. Ministerpräsident Nuri al-Maliki hatte eine Anwendung von Artikel 140 bisher verhindert.

Die USA haben unterdessen ein weiteres Kriegsschiff, die »USS Mesa Verde«, in den Persischen Golf entsandt. Es ist für amphibische Einsätze konzipiert und trägt ein senkrecht startendes Flugzeug. Seite 4

Nord-SPD fordert Abzug der US-Atomwaffen

Partei debattiert über Außenpolitik und neue Bündnisse

Berlin. Der linke Flügel der SPD diskutiert immer intensiver über Möglichkeiten einer Mitte-links-Mehrheit jenseits der Union. An einem Kongress, der für Frühjahr oder Frühsommer 2015 geplant ist, sollen neben Politikern von Linkspartei und Grünen auch Vertreter von Gewerkschaften und Verbänden teilnehmen. »Wir wollen die rot-grüne Achse beibehalten und verstärken«, sagte SPD-Vorstandsmitglied Carsten Sieling dem »nd«. Zugleich forderte er die Linkspartei zu inhaltlichen Veränderungen in der Außenpolitik auf.

Auch innerhalb der SPD wird über die eigene außenpolitische Ausrichtung diskutiert. Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten fordern, dass der Krisenprävention, der Armutsbekämpfung sowie dem Klimaschutz ein breiterer Raum gegeben wird. Das geht aus einem Positionspapier des SPD-Landeschefs und stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Ralf Stegner, hervor, das am Montag in Kiel vorgestellt wurde. Gefordert wird auch ein Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland. Stegner vertritt ebenso wie Sieling den linken Parteiflügel.

Bundeswehreinheiten im Ausland, die durch ein UN-Mandat völkerrechtlich legitimiert seien, werden in dem Papier nicht ausgeschlossen, sollen aber nur als letztes Mittel erfolgen. Der Völkerrechtsbruch der SPD-geführten Bundesregierung 1999 im NATO-Jugoslawien-Krieg wird nicht thematisiert.

In der Diskussion um Auslandseinsätze der Bundeswehr nahm SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi Bundespräsident Joachim Gauck in Schutz. Sie könne »an keiner Stelle« des umstrittenen Gauck-Interviews »erkennen, dass ein pauschales stärkeres militärisches Engagement gefordert worden ist«, sagte sie. Die Aufgeregtheiten seien »mindestens ein Missverständnis«. nd Seite 6

Deutschland startet mit klarem Sieg in die Fußball-WM

DFB-Elf bezwingt Portugal mit 4:0 – Thomas Müller trifft dreifach

Berlin. Am Montag begann die Fußball-WM in Brasilien endlich auch für die deutsche Mannschaft. Und das gleich mal historisch: Das Spiel in der Gruppe G gegen Portugal in Salvador da Bahia war das insgesamt 100. einer DFB-Elf bei einer WM-Endrunde. Als zweite Nation wird Brasilien am kommenden Montag diese Marke knacken.

Die aufgestaute Ungeduld, erst am fünften Turniertag auflaufen zu können, entlud sich auf dem Rasen der Arena Fonte Nova in einem offensiv ausgerichteten Spiel. Schon in den ersten zehn Minuten hatten beide Mannschaften vielversprechende Chancen. Tore erzielten aber nur die Spieler von Bundestrainer Joachim Löw. Thomas Müller verwandelte nach zwölf Minuten einen Elfmeter, nachdem Mario Götze von Joao Pereira gefoult worden war. Nach 32 Minuten erhöhte Mats Hummels nach einer Ecke von Toni Kroos per Kopf auf 2:0. Fünf Minuten später schwächte sich Portugal selbst: Innenverteidiger Pepe sah nach einer Tötlichkeit gegen Müller die rote Karte. In der Nachspielzeit der ersten Hälfte traf erneut Müller – zum 3:0-Halbzeitstand.

Nach dem Seitenwechsel nahmen beide Mannschaften etwas Tempo aus ihrem Spiel und schonten sich für die kommenden Aufgaben. Nur Müller hatte noch nicht genug: In der 78. Minute erzielte er den 4:0-Endstand. Nach der hohen Niederlage geht es für die Portugiesen am Sonntag in Manaus gegen die USA schon um alles. Die DFB-Elf trifft in ihrem zweiten Gruppenspiel am Sonntag in Fortaleza auf Ghana. alu Seite 19

ISSN 0323-4940

